



Landes-SGK EXTRA Brandenburg

SONDERHEFT NOVEMBER | 2018

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

wenn im November die Tage deutlich kürzer werden, die Bäume ihr buntes Kleid endgültig abwerfen und dichte Nebel die Sicht einschränken, dann ist wieder die Zeit der Besinnung und der Erinnerung. Wahrscheinlich ist auch aus diesem Grund der Volkstrauertag in diese Zeit gelegt worden. Und so finden an zahlreichen Denkmälern in den Städten und Dörfern Gedenkveranstaltungen statt.

In diesem Jahr jährt sich das Ende des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal. Er begann im Jahr 1914 mit einer nationalen Euphorie. Am 2. August 1914 fiel der französische Gefreite Peugeot bei einem Scharmützel im Dorf Jonchéry. Ihm sollten über 8,5 Millionen Menschen in den Tod folgen. Die Kampfhandlungen endeten 52 Monate später – am 11.11.1918 mit dem Waffenstillstand von Compiègne.

Die Historiker bezeichnen den Ersten Weltkrieg als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Für die Menschen der Zeit stellte dieser Krieg ihre gesamte bisherige Welt infrage. Dies gilt besonders für die 65 Millionen Kriegsteilnehmer auf allen Seiten. Die, die das grausame Sterben auf den Feldern Frankreichs und Belgiens, den Sümpfen Galiziens oder in den Schlachtschiffen am Skagerrak überlebt hatten, kamen in eine Welt zurück, die sie oftmals nicht mehr verstehen konnten. Der österreichische Schriftsteller Max Brod urteilte knapp: „Was vor 1914 lag und was danach folgte, sah einander gar nicht ähnlich, spielte nur nominell auf der selben Erdoberfläche.“

Auch wenn sich das Leben in den zum Teil nach dem Krieg neu entstandenen Staaten unterschiedlich entwickelt hat; gemeinsam blieben



Christian Großmann bei der Kommunalakademie 2018

Foto: SGK Brandenburg

den Soldaten aller Seiten ihre traumatischen Erlebnisse des Krieges. Gemeinsam blieb ihnen oft auch ihre Verbitterung, selbst den liebsten und nächsten Menschen nicht verständlich machen zu können, was sie erlebt hatten. Die Erfahrung im Leid kennt keine Nationen!

Heute – 100 Jahre später – klingt das für uns alles wie der Inhalt einer Geschichtsstunde. Auch der Zweite Weltkrieg liegt über 70 Jahre zurück und es scheint, dass Frieden zwischen den Staaten in Mitteleuropa eine Selbstverständlichkeit sei.

Aber ist das wirklich eine Selbstverständlichkeit? Ich glaube nein. Die Kriege, an denen Deutschland in den letzten 150 Jahren beteiligt war, ja deren Auslöser es meist gewesen ist, haben aus einem überbordenden Nationalismus heraus Leid und Not über die Menschen gebracht.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben in den 20er Jahren Männer wie Gustav Stresemann und Aristide Briand versucht, diesen Nationalismus zu überwinden und einen Ausgleich zu finden. Auch die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft waren von diesem Geist getragen und mündeten schließlich in einem vereinten Europa – der Europäischen Union.

Und heute? 60 Jahre nach dem Inkrafttreten der Verträge macht sich in zahlreichen Ländern der EU eine „Europaskepsis“ breit. Mag sein, dass nicht alles Gold ist, was in Brüssel glänzt. Manche Verordnung erscheint – zumindest auf den ersten Blick – nicht nachvollziehbar. Und auch ich würde mir wünschen, dass EU-Kommission und Europäischer Rat noch mehr für die Wahrung der berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Auseinander-

Inhalt

Wirtschaftliches Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze sichern soziale Gerechtigkeit (Teil 2)

Eine Stadt mitnehmen

Anhörung zum 7. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes im Landtag Brandenburg

Podiumsdiskussion
Das Ehrenamt mit Sicherheitsaufgaben im Wandel

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Rachil Ruth Rowald,
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

setzungen mit marktbeherrschenden Weltkonzernen tun. Bei Lichte betrachtet scheidet dieses Mehr an Engagement übrigens eher an den nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten als an der Kommission oder dem Europaparlament. Angesichts der zunehmenden Globalisierung auch und gerade von Problemen fällt es mir aber schwer, zielführende Lösungen von der nationalen Ebene zu erwarten: der Klimawandel, die nach wie vor kaum regulierten internationalen Finanzmärkte und die weltweit agierenden Internetgiganten kennen keine nationalen Grenzen.

Und dennoch kriechen überall in Europa wieder nationalistische Bewegungen aus den Löchern. Wieder wird mancherorts das Heil im Bestand einer „starken Nation“ gesucht. Interessierte Kreise reden die Menschen mit dem Geschwätz von nationaler Größe und Vorrang besoffen und kochen doch nur ihr eigenes braunes Süppchen. Wenn nur das eigene Land wieder großgemacht werde, dann wären auch alle Probleme und Sorgen verflogen, tönt die altbekannte Melodie aus den Flöten der Rattenfänger – und auch mancher Rattenfängerin.

Aus der Geschichte kann man lernen, dass so keine Probleme nachhaltig gelöst werden. Nicht die der Vergangenheit, noch die Herausforderungen, die vor uns liegen. Stattdessen führte dieser Weg am Ende in die Schützengräben vor Verdun. Der Frieden in Europa ist nicht selbstverständlich; ihn zu erhalten bedarf einer unermüdlichen Arbeit. Auch dazu mahnen uns die alten Kriegerdenkmäler auf den Dorfgängern nicht nur im November!

Ihr



Christian Großmann
Vorsitzender der SGK Brandenburg

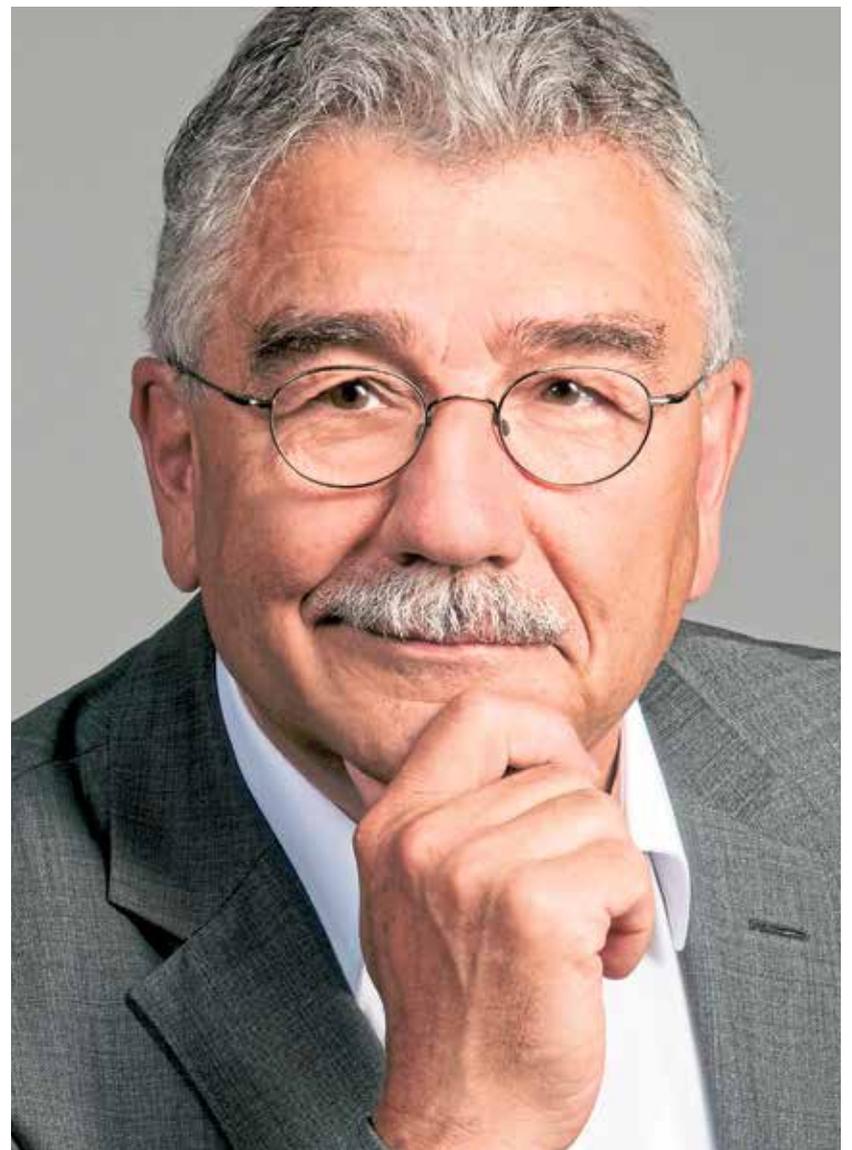
Wirtschaftliches Wachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze sichern soziale Gerechtigkeit (Teil 2)

Wirtschaft- und Wirtschaftsförderpolitik in Brandenburg

Autor Helmut Barthel, Sprecher für Wirtschaft und Digitalisierung der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen

Deutschland ist bei der digitalen Infrastruktur noch immer Entwicklungsland. Beim Zugang der Haushalte zu schnellen Glasfaseranschlüssen belegen wir gemäß den letzten Untersuchungen des „FTTH Council Europe“ im europäischen Vergleich mit einem Wert von 2,3 Prozent einen der letzten Plätze. Länder wie Lettland, Schweden und Litauen erreichen dagegen Spitzenwerte zwischen 40 und 50 Prozent. Im gewerblichen Bereich sieht es etwas besser aus. Ein gut ausgebautes Glasfasernetz und eine flächendeckende Mobilfunkversorgung sind die Grundlage für einen erfolgreichen Weg in die digitale Gesellschaft. Kupferbasierte Bandbreiten von 50 Mbit/s im Downstream reichen nicht aus, um im internationalen Standortwettbewerb zu bestehen. Das hat jetzt offensichtlich auch die neue Bundesregierung verstanden. Das Upgrade des Bundesförderprogramms lässt deshalb jetzt den Ausbau von Breitbandnetzen im Gigabitbereich zu. Damit steigt die Summe von 177 Millionen Euro für die Kofinanzierung durch das Land deutlich an. Parlament und Regierung sind sich darüber einig, dass es eine vollständige Kofinanzierung des Bundesprogramms geben wird. Finanzschwache Kommunen erhalten eine finanzielle Entlastung. Unbefriedigend ist, dass auch mit dem Programmupgrade die Aufgreifschwelle für die Förderung erhalten bleibt. Diese liegt bei 30 Mbit/s. Wer heute schon eine schnellere Netzanbindung hat, ist nicht förderfähig. Damit würden nach jetziger Rechtslage nur circa 20 bis 25 Prozent der Haushalte von dem Programm profitieren. In über 75 Prozent der Brandenburger Kommunen stehen



Helmut Barthel

Foto: privat

nämlich schon heute, auch dank des Glasfaser-2020-Programms des Landes, Downstreamraten von mindestens 30 Mbit/s zur Verfügung. Damit ist Brandenburg Spitze in Ostdeutschland. Im gewerblichen Bereich liegen wir bundesweit sogar auf Platz 6.

Überlegungen der Bundesnetzagentur, jegliche Aufgreifschwelle aus dem Förderprogramm zu entfernen, sind zu begrüßen. Dieser

Schritt sollte zeitnah erfolgen, zumal er auch durch die Europäische Union ausdrücklich gewünscht wird. Nur dann sind die im Grundgesetz angestrebten gleichwertigen Lebensbedingungen, die auch für die digitale Gesellschaft gelten, realisierbar.

Aber selbst, wenn der rechtliche und finanzielle Förderrahmen für den Breitbandausbau steht, wird es noch weitere zwei bis fünf Jah-

re dauern, ehe Wirtschaft und Bürger tatsächlich flächendeckend eine Veränderung spüren werden. Das liegt am viel zu komplizierten Ausschreibungs- und Planungsrecht und der schlicht fehlenden (Tief-) Baukapazität. Ein Infrastrukturausbau-Beschleunigungsgesetz des Bundes wäre sicher ein Lösungsansatz, der eine breite politische Zustimmung finden würde. Nur Baukapazität wird damit auch nicht geschaffen.

Auch beim neuen Mobilfunkstandard 5G sollte Brandenburg ganz vorn mitspielen. Das Parlament hat, auf Antrag der SPD-Fraktion, Anfang Juni dieses Jahres die Landesregierung beauftragt dafür zu sorgen, dass sich das Land als 5G-Modellregion bewirbt. Das soll gemeinsam mit der Wirtschaft, also Netzbetreibern und potentiellen Nutzern, erfolgen. Mit einer erfolgreichen Bewerbung bestände die große Chance, schon in der Entwicklungs- und Einführungsphase einer Technologie dabei zu sein und neue Geschäftsmodelle in Ostdeutschland zu etablieren.

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Basis für die erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels der Gesellschaft. Parallel zum Ausbau der Netze muss auch die Frage nach deren sinnvoller Nutzung mitgedacht werden. Deshalb hat das Parlament bereits 2016 einen Beschluss gefasst, der die Landesregierung auffordert, eine möglichst breit angelegte Digitalisierungsstrategie zu entwickeln. Ziele sollen dabei nicht nur für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit 4.0 definiert, sondern auch neue Anforderungen an die Bildung und Ausbildung sowie an die Arbeit der Verwaltung formuliert werden.

Die dem Strategieprozess vorgelagerte Ist-Analyse hat gezeigt: Brandenburg ist bei der Digitalisierung an vielen Stellen besser als landläufig öffentlich wahrgenommen und beschrieben. Insbesondere im Bereich Wirtschaft 4.0 kann sich unser Land im Bundesvergleich durchaus sehen lassen. An allen technisch orientierten Brandenburger Hochschulen und Universitäten sind inzwischen Kompetenzzentren

etabliert, die insbesondere KMU und das Handwerk auf dem Weg in die digitale Gesellschaft unterstützen. Komplettiert wird dieser komplexe Förderansatz u.a. durch das Programm „BIG-Digital“, eine Erweiterung des Brandenburger Innovationsgutscheins. Mit dem BIG-Digital können Unternehmen in drei Bereichen auf erhebliche Förderung zurückgreifen: Analyse des betrieblichen Ist-Zustandes in Sachen Digitalisierung, Investition in Hard- und Software und – ganz wichtig – die Mitarbeiterschulung. Die möglichen Höchstfördersummen liegen für Analyse und Schulung bei 50.000 Euro und bei Investitionen bei 500.000 Euro pro Förderfall. Dieses Konzept der Förderung ist in Deutschland einmalig und deshalb auch auf großes Interesse in anderen Bundesländern gestoßen.

Die im Aufbau befindliche Digitalisierungsagentur, eine Tochter der ILB, kann und muss nach den Vorstellungen des Parlaments und der Regierung einen konkreten Beitrag dazu leisten Digitalisierungskonzepte in der Fläche umzusetzen. Hier geht es sowohl um die Bereitstellung von Know-how als auch um die Prozesssteuerung. Ein weiteres Betätigungsfeld der Agentur könnte auch in der Unterstützung der kommunalen Ebene bei der Entwicklung eigener strategischer Ansätze und Projekte in Sachen Digitalisierung liegen. Nach meinen Kenntnissen gibt es hier einen hohen Handlungsbedarf.

Digitalisierung beinhaltet neben einer technischen Komponente auch immer eine gesellschaftliche und damit eine menschliche. Diese bedarf einer besonderen Beachtung und Begleitung. Die Menschen müssen spüren, dass die Digitalisierung sich nicht nachteilig für sie auswirkt und viele Jobs bedroht, sondern von der Politik im Sinne der Beschäftigten gesteuert werden kann. So entstehen viele neue qualifizierte Berufe und innovative Arbeitsplätze.

Fachkräftesicherung und Arbeit 4.0 – eine prioritäre Aufgabe der Wirtschaftsförderung

Der Arbeitsmarkt in Brandenburg hat sich sehr gut entwickelt. Die

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Arbeitslosenquote lag im September 2018 bei 5,9 Prozent. Das ist der beste Wert seit 27 Jahren und das Ergebnis solider Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Andererseits sind fehlende Fachkräfte zunehmend ein limitierender Faktor bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Das liegt nicht nur am demografischen Wandel, sondern an vielen Stellen auch am räumlichen Auseinanderfallen von Wohnort und Arbeitsplatzangebot. Hinzu kommt das Mismatching zwischen Qualifizierungsstand und Anforderungen des Jobs. Hohe Abbrecherquoten bei der Lehrausbildung und Studium verlängern den Weg ins Berufsleben und verstärken den Trend.

Der Arbeitsmarkt hat sich also komplett verändert. Das haben noch nicht alle Unternehmen verstanden und ihre Personalpolitik, ihr Personalrekrutierung entsprechend angepasst. Das gilt insbesondere für KMUs. Hier ist kommunale Wirt-

schaftsförderung noch stärker als Partner gefragt. Dabei gibt es nicht den Königsweg. Erfahrungen zeigen aber, dass ein frühzeitiger Kontakt mit zukünftigen Mitarbeitern und das konkrete Aufzeigen von Entwicklungsperspektiven und Karrierechancen den größten Erfolg bieten. Auch das wachsende Angebot an Dualen Studienplätzen erfreut sich einer hohen Nachfrage bei Jugendlichen und Unternehmen.

Noch eine Anmerkung zum Thema Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auch hier steht die Wirtschaftsförderung vor neuen Herausforderungen. Es muss stärker gelingen, durch strategische Ansiedlungspolitik Pendlerströme zu minimieren und da, wo es sich nicht vermeiden lässt, umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu präferieren. Letzteres gilt mindestens genauso für den Gütertransport. Die WFFB hat im Juni dieses Jahres eine sehr lesenswerte Studie

zum Thema Arbeit 4.0 in Brandenburg vorgelegt. Sie setzt sich mit den Themen Digitalisierungsniveau in Wirtschaft und Verwaltung, Beschäftigungseffekte, Arbeitsformen und Qualifizierungsbedarf auseinander und definiert Handlungsfelder. Zwei davon will ich an dieser Stelle nochmal hervorheben, weil sie aus meiner Sicht eine zentrale Bedeutung haben:

1. Technische Entwicklung sowie betriebs- und arbeitsorganisatorischer Wandel müssen konsequent zusammengedacht und organisiert werden.

2. Innovationsfähigkeit hängt maßgeblich davon ab, wie es gelingt das Produkt- und Prozesswissen der Beschäftigten zu nutzen. Change-Management ist gefordert. Hier hat Wirtschaftsförderung auf allen Ebenen ein breites Betätigungsfeld und muss sich angesichts der Kleinteiligkeit der märkischen Unternehmenslandschaft Partner in der Wissenschaft suchen.

Neue UnternehmerInnen braucht das Land

Im Land Brandenburg werden in den nächsten Jahren viele Unternehmerinnen und Unternehmer in den wohlverdienten Ruhestand gehen. In der Hauptsache in Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Wenn es hier nicht gelingt, Nachfolgerinnen oder Nachfolger zu finden, werden in der Summe mehr als 10.000 Arbeitsplätze wegfallen. Das ist eine signifikante Größenordnung. Dem war und ist sich Politik bewusst.

Im März 2017 legte deshalb das Ministerium für Wirtschaft und Energie die Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie des Landes Brandenburg vor. Ein richtiger und wichtiger Schritt, der auch gezeigt hat: Wir stehen hier nicht am Anfang der Überlegungen.

Untersetzt ist diese Strategie durch eine Vielzahl von erfolgreichen

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**

[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir

Maßnahmen und Förderprogrammen. Nur einige seien hier genannt, wie die Meistergründungsprämie, die ProFIT-Richtlinie oder der Brandenburg-Kredit.

Die Diskussion der Strategie im parlamentarischen Raum verdeutlichte auch, dass nicht alle aktuellen Förderinstrumente greifen und der Instrumentenkasten ausbaufähig ist. Eine Vertiefung der Überlegungen wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen müssen. Nur soviel sei prinzipiell angemerkt: Instrumente können nur dann greifen, wenn (junge) Menschen eine unternehmerische Karriere als Lebensperspektive wählen. Eine Einstellung, die schon in der Schule gefördert, im Studium praktisch untersetzt werden muss und der mehr gesellschaftliche Anerkennung gezollt werden sollte. Auch dann, wenn man im ersten Versuch scheitert. Wir brauchen eine Kultur der zweiten Chance.

Think global, act local

Mit Jahresbeginn 2018 hat sich die Wirtschaftsförderung Brandenburg WFBB neu aufgestellt und damit erste Schritte zur Umsetzung der Erkenntnisse des PwC-Gutachtens gemacht. Das Gutachten hatte das Konzept der zentralen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, der one-stop-agency des Landes, als gut und richtig bestätigt, aber eine Straffung der Organisation und eine klarere Abgrenzung zur Tätigkeit kommunaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften nahegelegt. Aus dieser Perspektive ist zu begrüßen, dass sich die WFBB verstärkt auf die Außenvermarktung des Landes (als Hauptstadtregion) im Ausland konzentriert. Gut und richtig ist auch der Abschluss von konkreten Vereinbarungen mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise und kreisfreien Städte zur Aufgabenteilung von Landes- und kommunaler Ebene. Sie können dazu beitragen

Doppelungen zu vermeiden, den Informationsaustausch zu optimieren und konzertierter mit den Unternehmen zusammenzuarbeiten. Wenn es dann noch in Abstimmung mit der ILB und den Ministerien gelingt das Förderprocedere zu entschlacken und Antragsverfahren zu verkürzen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Meine Erfahrungen als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Kreistages Teltow-Fläming bestätigen die These ‚all business is local‘. Eine gut aufgestellte lokale Wirtschaftsförderung ist die Basis für sowohl eine erfolgreiche Bestandspflege als auch die erfolgreiche Betreuung von Gründungen und die Neuansiedlung von Unternehmen. Dicht am Unternehmen dran zu sein, Lösungen unbürokratisch gemeinsam zu organisieren und einen kompetenten Ansprechpartner zu haben, ist eins der wichtigsten Kri-

terien für Investitions- und Standortentscheidungen von Unternehmen.

Schaut man sich heute die kommunale Wirtschaftsförderung an, so gibt es einen bunten Strauß an Organisationsformen. Eines ist aber überall gleich: Sie bedürfen der Zuschüsse der jeweiligen Gebietskörperschaften. Wirtschaftsförderung kostet nun mal Geld. Kommt eine Kommune dann in finanzielle Schieflage oder rutscht sie gar in die Haushaltsicherung, stellt sich sofort die Frage nach der personellen und finanziellen Ausstattung für diese freiwillige Aufgabe. Häufig ist dann zu beobachten, dass die Budgets zurückgeschraubt werden. Aus meiner Sicht eine fatale Entscheidung. Deshalb wünsche ich mir einen ernsthaften Diskurs darüber, ob Wirtschaftsförderung in Zukunft nicht zu den Pflichtaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge zählen sollte.

Eine Stadt mitnehmen

... indem man ein Ko-Dorf gründet

Interview mit Frederik Fischer

Sehr geehrter Herr Fischer, in der Presse war zu lesen, dass Sie gerne ein Ko-Dorf gründen möchten. Was muss man sich darunter vorstellen?

Ko-Dörfer sind als Alternative zum Stadtleben gedacht. Sie sollen aus 50 bis 150 kleinen Häusern und einigen größeren Gemeinschaftsgebäuden bestehen. Dies können sein: Coworking Spaces, Gemeinschaftsküchen, Kinos Seminarräume, Bars, Restaurants oder Clubs – kurzum: Eine gewisse urbane Infrastruktur.

Teil der Idee ist es, Unterkünfte im Ko-Dorf auch Unternehmen für Retreats anzubieten oder anderen Gruppen für Projekte, wie eine Workation – eine Mischung aus Arbeit und Urlaub. Auf einem schwarzen Brett oder über eine App könnten die Leute dann Veranstaltungen für die Gemeinschaft anbieten: Filmabende, Workshops und mehr. Wir würden eine Genossenschaft gründen und

über Genossenschaftsanteile Geld einsammeln. Damit könnte man ein Grundstück kaufen oder von einer Kommune pachten. Ein kleines Haus im Ko-Dorf soll dabei auch für den Durchschnittsverdiener erschwinglich sein. Die kleinen Häuser kosten einmalig rund 100.000 Euro und lassen sich durch die Vermietung finanzieren. Wer kein Geld hat für den Kauf, kann so als Mieter zum Ko-Dörfler auf Zeit werden. Um das Vermietungsmanagement und die Pflege der Gemeinschaftsflächen und -gebäude kümmert sich zentral eine Genossenschaft. Durch die Mischung aus Privatbesitz (die Häuser) und Genossenschaft (das Grundstück) wird Spekulation verhindert. Eigentümer können ihre Häuser jedoch jederzeit zu frei verhandelbaren Preisen verkaufen. Niemand wird in Strukturen festgehalten, die nicht passen.

Ko-Dörfer sollen allerdings nicht die Großstadt kopieren, und sind auch

nicht unbedingt als fester Wohnsitz gedacht. Ihr Potenzial entfalten sie als Komplementär zur Stadt. Sie stehen für einen neuen Lebensstil, der das Beste beider Welten verbindet und nicht zu Entweder-Oder-Fragen zwingt.

Durch die Mischung aus privatem Rückzugsort im eigenen Haus und niedrigschwelligem Zugang zur Gemeinschaft, bleibt es den Bewohnern selbst überlassen, wie sie ihre Zeit auf dem Land nutzen wollen. Konzentriertes Arbeiten ist so im eigenen Garten ebenso möglich wie im Coworking Space. Kochen kann man am eigenen Herd oder gemeinsam mit anderen in der Gemeinschaftsküche. Eine App macht es möglich, diese und ähnliche Aktivitäten zu koordinieren und Räume zu buchen.

Gemeinschaft ist so immer nur Möglichkeit, nie Zwang. Dennoch steht sie im Mittelpunkt, denn in einer Gesell-

schaft, die sich immer weiter vereinzelt, gewinnt Gemeinschaft neu an Wert. Ko-Dörfer ermöglichen dabei moderne, fluide Formen der Gemeinschaft. Durch die sich ständig verändernde Bewohnerschaft begegnen einem bei jedem Besuch neue Gesichter. Umgekehrt: Wer mal für einige Tage wieder alle Freundinnen und Freunde um sich versammeln möchte, mietet einfach mehrere Häuser und verwandelt das Dorf in sein Dorf.

Wie kamen Sie auf die Idee?

Städte explodieren und Dörfer schrumpfen. In den Städten verhandelt Retortenarchitektur das Stadtbild, Lärm und Umweltbelastungen machen krank und steigende Mieten zwingen zu schmerzhaften Kompromissen, ja sie befördern gar eine Perspektivlosigkeit, die im krassen Kontrast steht zum nominellen Wohlstandsschub, den unser Land erlebt. Das ländliche Leben wird für eine wachsende Zahl von Menschen

hingegen zum Sehnsuchtsort – zum Refugium, in dem man Kraft tanken, die Natur genießen und sich bauliche Qualität noch leisten kann.

Oftmals ist die Stadt nicht nur freie Wahl, sie ist Notwendigkeit. Hier sind die Arbeitsplätze, hier sind die Freunde, hier ist Bildung, hier ist Kultur, hier ist Gemeinschaft, hier ist ein Lebensstil zu Hause, den selbst diejenigen nicht ablegen können, die es in vielen Momenten eigentlich gerne würden.

Alleine um Berlin sind laut „Kreativorte Brandenburg“ in den letzten Jahren über ein Dutzend Coworking-Spaces im ländlichen Raum entstanden. Sie locken Freelancer und Firmen für ein paar Tage in die Provinz. Ihr Wachstum beweist, dass es einen Bedarf gibt für ein anderes Leben.

Die Hoffnung ist natürlich, dass Ko-Dörfer trotzdem zu einem nachhaltigeren Umgang mit unserem Land beitragen. Wer nicht mehr sein komplettes Leben in der Stadt verbringt, kommt dort auch mit weniger Platz aus. Ohnehin werden wir in einigen Jahren rückblickend den Kopf schütteln über unseren verschwenderischen Umgang mit Wohnraum. So wie dies heute schon viele Leute beim Gedanken an ein eigenes Auto tun (das die meiste Zeit ungenutzt rumsteht und der Stadt Platz raubt).



Ländliches Brandenburg

Foto: SGK Brandenburg

Sie selber leben seit 2007 in Berlin. Ihre Pläne haben auch etwas mit Ihren persönlichen Erfahrungen mit dem Stadtleben zu tun?

Als ich nach Berlin gezogen bin, war die Stadt noch voller Baulücken. Überall war etwas am Entstehen und dieses Unfertige war für mich eine Einladung: Bring dich ein, gestalte mit. In den letzten Jahren hat sich dieses Versprechen in das Gegenteil verwandelt. Berlin ist aus einer inklusiven Stadt zu einer exklusiven Stadt geworden.

Ist Brandenburg dafür besonders geeignet?

Brandenburg ist für mich ein Raum voller Möglichkeiten. Die Nähe zu Berlin macht die Region besonders interessant, denn ich gehe fest davon aus, dass wir in den nächsten Jahren

einen Exodus von Berlinern erleben werden, die nach Alternativen zum Stadtleben suchen.

Die Gemeinschaften in den Kommunen Brandenburgs leben auch vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, sei es in den kommunalen Vertretungen, in der Feuerwehr usw. Besteht nicht die Gefahr, dass das zu kurz kommen könnte?

Wir werden bei der Auswahl darauf achten, dass die Bewohner ein Bewusstsein und eine Bereitschaft für das lokale Engagement mitbringen. Das Ko-Dorf kann nur funktionieren, wenn die Gemeinschaft die neuen Bewohner als Bereicherung wahrnimmt. Genau das unterscheidet uns von Privatpersonen, die in den Speckgürtel ziehen, aber beruflich und mental

immer noch in Berlin zu Hause sind. Der Punkt ist mir sehr wichtig: Der Zuzug von Berlinern lässt sich kaum aufhalten. Die Frage ist also nicht, ob sich viele Gemeinden verändern, sondern wie man diese Veränderungen moderiert. Das Ko-Dorf stellt sich diesem Dialog und übernimmt Verantwortung. Investorenprojekte, Pendler oder Ferienhausbewohner tun dies in der Regel nicht.

Wie weit sind die Pläne bislang gediehen?

Wir sind momentan in recht weit fortgeschrittenen Gesprächen mit knapp zehn Gemeinden. Bei einem Projekt dieser Dimension dauert es nachvollziehbarerweise etwas, bis es zum Spatenstich kommt. Baurecht muss geschaffen, kommunale Gremien müssen überzeugt werden und natürlich sollen auch die Bürger eingebunden werden in die genaue Ausgestaltung. Wir rechnen damit, dass wir mit mindestens einer Gemeinde noch in der ersten Jahreshälfte 2019 so weit sind. Aufgrund der bisherigen Resonanz merken wir jedenfalls ganz deutlich: Die Zeit ist reif für diese Idee.

Herzlichen Dank für das Interview!

Frederik Fischer ist Journalist, hat in Berlin, London und Amsterdam studiert und in Washington und San Francisco gearbeitet. Seit 2007 lebt er in Berlin.

Anzeige

**BESUCHEN
SIE UNS AUF**
www.demo-online.de

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Warum bekomme ich auf einmal gar keinen
DEMO-Newsletter mehr?



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER DEMO-NEWSLETTER!

JETZT ABONNIEREN

Ende Mai ist die Europäische Datenschutz-Grundverordnung in Kraft getreten. Daher haben wir im Vorfeld alle Abonentinnen und Abonnenten angeschrieben und um eine Bestätigung ihres kostenlosen Newsletter-Abos gebeten. Alle, die nicht auf diese Mail reagiert haben, mussten wir aus dem Verteiler löschen. So verlangt es das neue Gesetz.

Den kostenlosen DEMO-Newsletter erhalten Sie weiter, wenn Sie sich unter www.demo-online.de/newsletter neu anmelden.

Anhörung zum 7. Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes im Landtag Brandenburg

Autorin Rachil Rowald

Im Juni dieses Jahres nahm der Vorstand der SGK Brandenburg Stellung zur Fortentwicklung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes (FAG), nicht zuletzt zu lesen in der monatlichen Ausgabe der DEMO. Darin wies er unter anderem darauf hin, dass eine deutliche Erhöhung der Verbundquote, also der Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen des Landes, im Vergleich zu den im ersten Gesetzesentwurf avisierten Vorschlägen von jeweils 0,8 Prozentpunkten für die Jahre 2019 und 2020, erforderlich ist. Dies auch deshalb, weil ein vom Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg in Auftrag gegebenes Gutachten mit Blick auf die anhaltende Unterfinanzierung der Kommunen in den vorhergehenden Jahren zu einem darüber liegenden Ergebnis kam.

Mehr Geld für die Kommunen vorgesehen

Und tatsächlich wurde die Verbundquote angepasst. Weiterhin auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 15. November 2017 wurde der Gesetzesentwurf unter anderem dahingehend geändert, dass die Anhebung der Verbundquote zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände stufenweise auf 21 Prozent in 2019, auf 22 Prozent in 2020 und auf 22,43 Prozent ab 2021 erhöht werden soll. Die Kommunen sollen dadurch ein Mehr an 230 Millionen Euro erhalten.

Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Landtag wurden nun am 18. Oktober 2018 nicht nur kommunale Spitzenverbände, sondern auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dazu angehört, die aus ihren teilweise auch ganz persönlichen Erfahrungen berichteten. Dabei wurde erneut deutlich, dass sich die Finanzsituationen der Kommunen einander kaum gleichen, so auch Jens Graf, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

Seien es die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, dem Anteil an der Einkommensteuer, den Schlüsselzuweisungen und anderen oder aber auch die Vorgaben aus einem etwaigen Haushaltssicherungskonzept, die sich auf Beiträge und Steuern auswirken.

Das alles kann die Entwicklungsfähigkeit einer Kommune nachhaltig prägen. Dass auch in der Anhörung ebenfalls Themen zur Sprache kamen, die auf die kommunalen Haushalte einen direkten Einfluss haben, wie die Straßenbaubeiträge oder die Kreisumlage, kann deshalb nicht verwundern.

Gleichzeitig kamen aus den Reihen der Bürgermeister auch Vorschläge, wie das FAG zukünftig entwickelt werden könnte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass mit der Mitverwaltung und der Verbandsgemeinde nunmehr zwei neue Verwaltungsmodelle für die gemeindliche Ebene vorgesehen sind.

Nachdem der Ausschuss sich, unter Berücksichtigung dessen, was in der Anhörung zur Sprache kam, mit dem Entwurf befasst hat, wird er dem Landtag eine Beschlussempfehlung geben.

Nach bisheriger Planung soll die Verabschiedung des Gesetzes Mitte Dezember erfolgen.

Podiumsdiskussion

Das Ehrenamt mit Sicherheitsaufgaben im Wandel am 13. November in Rathenow

Bereits im Oktober des vergangenen Jahres konnten wir eine sehr erfolgreiche erste Veranstaltung zum Ehrenamt mit Sicherheitsaufgaben in Rathenow durchführen und möchten dies, wegen der Aktualität des Themas und des großen Interesses der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in diesem Jahr fortsetzen.

Vieles bewegt sich im Bereich des Ehrenamtes mit Sicherheitsaufgaben und vieles soll noch bewegt werden. So hat das Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, zusammen mit dem Landesfeuerwehrverband sowie zahlreichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben im Rahmen von Regionalkonferenzen und Beratungsgesprächen ein Positionspapier erarbeitet. Die Landesregierung gestaltet derzeit entsprechende Rechtsgrundlagen. Gleichzeitig vergeht kaum ein Tag, an dem das Thema Ehrenamt sich nicht in den öffentlichen Medien findet.

Wir möchten die aktuelle Lage, aber auch bereits vorliegende Vorschläge diskutieren und uns gemeinsam Gedanken darüber machen, welche Anreize geschaffen werden können, um Behörden und Organisationen einsatzbereit zu halten und dieses Ehrenamt attraktiver zu gestalten.

Interessentinnen und Interessenten sind ganz herzlich eingeladen am:

**13. November 2018
ab 18 Uhr
Blauer Saal des
Kulturzentrums Rathenow
Märkischer Platz 3
4712 Rathenow**

Programm

Eröffnung und Begrüßung
durch **Katja Poschmann, Mitglied der SGK Brandenburg**

Gäste auf dem Podium:

Katrin Lange, Staatssekretärin im MIK Brandenburg

Werner-Siegwart Schippel, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes e.V.

Daniel Weber, Vorsitzender Kreisfeuerwehrverband Havelland e.V.

Marco Köhr, Leiter der Einsatzdienste ASB Ortsverband Nauen e.V.

Die **Moderation** wird von **Felix Menzel** übernommen, Bürgermeister der Gemeinde Milower Land und aktiver Feuerwehrkamerad.

.....

**Wir freuen uns über Anmeldungen:
per E-Mail info@sgk-potsdam.de
telefonisch unter 0331 / 730 98 200 | per Fax 0331 / 730 98 202
oder online auf unserer Homepage www.sgk-brandenburg.de**